

# Kultur & Gesellschaft

## Kampf um Kulturgelder wird härter

**Debatte um Förderung** Über 95 Prozent der Musiksubventionen gehen an die Klassik. Pop- und Jazzmusikern bleiben auch 40 Jahre nach den Opernhauskrawallen nur Brosamen. Und die Corona-Krise verschärft ihre Not. Kommt es nun zum Protest an der Urne?

### Ane Hebeisen

Als in der Nacht des 30. Mai 1980 Pflastersteine in Richtung Zürcher Opernhaus flogen, versuchte die SVP, die Vorkommnisse als Vandalenakt vereinzelter «Krawallbrüder» und einer «linken Drachensaat» abzutun. Tatsächlich war diese Nacht der Auftakt zu den Tumulten, welche die Schweizer Kulturpolitik umwälzen sollten. So war jedenfalls die allgemeine Wahrnehmung.

Die Opernhauskrawalle vor 40 Jahren waren die erste grosse Karambolage zwischen der subventionierten Hoch- und der weitgehend vernachlässigten Subkultur in der Schweiz. Es war das Aufbegehren gegen eine Kulturpolitik, die es über Jahre versäumt hatte, alternative Kulturräume zu öffnen, und im Gegenzug dem Volk einen Kredit über 60 Millionen Franken zum Umbau des Opernhauses zur Annahme empfahl. Die Drachensaat, die an diesem Abend zum Klassenkampf aufrief, hatte man selber gezüchtet.

Als Folge der Krawalle wurden schweizweit Türen aufgesperrt für autonome, alternative und innovative Kultur. Die Rote Fabrik in Zürich, das Fri-Son in Freiburg, die Kaserne in Basel, die Reitschule in Bern oder die Usine in Genf sind Spielwiesen, welche die Politik danach ausgerollt hat. Die Millionen, mit denen sie subventioniert wurden, war eine Art Sorglosversicherung gegen das Aufbegehren der Jugend.

### Basel probt den Aufstand

40 Jahre danach stellt sich die Frage, ob die Pflastersteine damals tatsächlich etwas verändert haben an den Machtverhältnissen. Und wo könnte sich das besser abbilden als in den Bilanzen der heutigen Kulturförderung? Die Zahlen zeichnen – gerade in der Sparte der Musik – ein Bild, das geradezu nach einer Revolution schreit. Im Kanton Basel-Stadt fließen beispielsweise noch immer 97 Prozent der Fördergelder in die klassische Musik. Elektronische oder improvisierte Musik, Metal, Jazz, Hip-Hop, Rock und Pop müssen sich mit den verbleibenden 3 Prozent begnügen.

Die neu gegründete IG Musik hat deshalb zu einem grossen Umdenken in der Kulturförderung aufgerufen. Ihre «Volksinitiative für eine zeitgemässe Musikförderung» will im Kanton Basel-Stadt erreichen, dass auch die Musiksparten, die nicht der Klassik zugeordnet werden, angemessene Unterstützung erhalten. Der Initiativtext soll im Herbst präsentiert werden. Ein Anliegen, das auch in anderen Kantonen auf Resonanz stossen könnte. Die Zahlen sehen überall etwa ähnlich aus, und die Corona-Krise zeigt, in welch prekären Verhältnissen viele Musikerinnen und Musiker leben, die nicht in institutionellen Orchestern angestellt sind oder einen Millionenhit gelandet haben.

Dass sich die zeitgenössische Pop- und Jazzmusik auch heute noch mit den Brosamen der Kulturförderung begnügen müsse, spiegle in keiner Weise die gesellschaftliche Wirklichkeit und



Am grossen Tropf der kantonalen Musikförderung: Opernhaus Zürich. Fotos: Keystone



Vernachlässigte Subkultur? US-Musiker John Maus am Musikfestival Bad Bonn Kilbi.

das heutige Hörverhalten wider, sagt Fabian Gisler, Mitgründer der IG Musik Basel. Deshalb fordert seine Initiative mehr Geld für alle Musikstile und vor allem mehr Geld für die freischaffenden Musiker. Doch was kämpferisch anmutet, ist dann doch nicht ganz so radikal gedacht.

Zum grossen Umverteilungskampf im Musikmilieu solle es nämlich nicht kommen. Man wolle niemandem etwas wegnehmen. Angestrebt wird vielmehr eine Aufstockung des Budgets. Doch wie soll das gehen? Jedem Kulturliebhaber ist klar, dass nach der Corona-Krise in den nächsten Jahren eher weniger Geld von der öffentlichen Hand zu erwarten ist. «Wir wollen keine Neiddebatte unter den

Musikschaffenden lancieren», sagt Gisler. «Im Gegenteil. Wir wollen die Solidarität stärken und einfordern. Und wir wollen den Istzustand benennen und Diskussionen anstossen. Wenn einmal der Konsens herrscht, dass dieses Ungleichgewicht von vorgestern ist, sowohl unter den Musikschaffenden wie auch in der Bevölkerung, dann könnte ich mir vorstellen, dass eine Aufstockung der Musikfördergelder eben doch gesellschaftlich opportun wird.»

Die Corona-Krise lege dar, dass ein grosser Graben zwischen freischaffenden und jenen Musikern klaffe, die in Institutionen angestellt seien. «Während letztere um einen Mindestlohn kämpfen, kämpfen die Frei-

schaffenden um das nackte Überleben. Dabei tragen sie genauso viel zu einer lebendigen Schweizer Musikszene bei wie die grossen Musikinstitutionen.»

Die herrschenden Verhältnisse in der Musiksubvention spiegeln das Bild einer Zweiklassengesellschaft. «Von den Freischaffenden, der grossen Mehrheit der Musikschaffenden, wird bis heute erwartet, dass sie Selbstausbeutung betreiben. Viele Musikschaffende haben noch nicht das Selbstverständnis, in einem Gesuch die eigene Arbeit, die Forschung, das Proben oder den administrativen Aufwand geltend zu machen», sagt Gisler. Werde ihnen Geld zugesprochen, dann fliesse das in die Kassen der Grafiker, der Promo-Büros, der Foto-

grafen, Webdesigner, ins Tonstudio, zum Bandbus-Verleiher oder Übungsraumvermieter.

Dass die Popmusik in der Politik kaum Gehör findet, ist ein Missstand, an dem sich auch vierzig Jahre nach den Opernhauskrawallen nicht viel geändert hat, obschon die Szene heute weit besser organisiert ist. Beispielsweise gefällig?

1980 fragte der damalige Zürcher Stadtpräsident Sigmund Widmer, ob Rockmusik überhaupt Kultur sei, und noch 2005 stellte sich Pius Knüsel, der damalige Leiter der staatlichen Kulturförderstelle Pro Helvetia, in einem Panel vor eine Schar verdutzter Musikschaffender und befand, die Popmusik werde zu ernst genommen. Wenn sie sich

ihren Biss bewahren wolle, solle sie sich besser aus dem Institutionenkarussell der Kulturförderung heraushalten.

Ohnehin setze die Popmusik per Definition Eigenwirtschaftlichkeit voraus, er verstehe also nicht, warum die Pro Helvetia vermehrt Musik aus diesem Bereich fördern solle. Und es gibt noch aktuellere Beispiele, die nahelegen, dass die Politik eher stiefmütterlich mit der Popmusik umgeht: Als der Grosse Rat in Basel im März dieses Jahres über die Erhöhung der Unterstützungsgelder für die klassische Musik um jährlich 372'000 Franken zu befinden hatte, wurde der Antrag mit nur einer Gegenstimme angenommen. Eine Budgeterhöhung der regionalen Anlaufstelle für Popförderung (RFV) um 25'000 Franken schaffte die Annahme erst im zweiten Anlauf, mit denkbar knappen 47 zu 46 Stimmen.

### Was soll Kulturpolitik heute?

Dass die Zahlen ein derartiges Ungleichgewicht zwischen den Sparten ergäben, sei dem Umstand geschuldet, dass nun mal den Städten und Kantonen die Aufgabe zukomme, die grossen Einrichtungen wie Stadttheater, Orchester oder Opernhäuser zu finanzieren, sagt die Berner Kulturbefragte Franziska Burkhardt. In der jetzigen finanziellen Situation laufe die Debatte um eine Besserstellung von Pop im Verhältnis zu Klassik auf die Frage hinaus, ob sich eine Region überhaupt solche Häuser leisten wolle. Dies könne aber keine Kulturförderstelle beantworten, das sei eine gesellschaftliche und letztlich auch politische Frage.

Womit wir wieder bei Kulturquerdenker Pius Knüsel wären, der als Co-Autor des Buchs «Kulturinfarkt» im Jahr 2005 mit der Idee um die Ecke kam, die Zahl der subventionierten Kulturinstitutionen wie Museen, Opernhäuser und Stadttheater zu halbieren und auf den Stand der frühen Achtzigerjahre zu stützen. Seine These: Die institutionellen Strukturen der geförderten Kultur absorbierten einen viel zu grossen Teil der kulturellen Mittel. Durch ihr pures Gewicht verhinderten sie Innovation.

In seinem Gedankenspiel, das für eine Menge Angst und Ärger in der Kultursubventionsszene sorgte, forderte er, dass die Mittel, die nach einer Zerschlagung der grossen Institutionen freiwürden, unter anderem für neue Formen der kulturellen Produktion oder für die Vermittlung von Kultur aus der ganzen Welt eingesetzt würden, welche die Gegenwart mindestens im selben Masse gestalten würde wie die deutsche Klassik.

Womit wir bei der Frage sind, was Kulturpolitik heute leisten kann und soll, und wie man verhindert, dass sie in trägen und durch historisches Gewicht legitimierten Strukturen verharrt. Darin eingeschlossen ist auch die Frage, ob mehr Geld denn auch ein zu einem grösseren und besseren Angebot führen würde. Hier leistet die Basler Initiative einen dringend nötigen Gedankenanstoss. Die politischen Chancen sind indes gering.

### So fördern Bern und Zürich Musik

Blickt man auf die Städte Bern und Zürich, ergeben die Zahlen ein ähnliches Bild wie in Basel. Das Kulturamt der Stadt Zürich vermerkt zwar, dass ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der klassischen Musik und den anderen Sparten herrsche, wenn man die Förderung von Tonhalle-Orchester und dem Zürcher Kammerorchester nicht einberechnet. Tut man dies, entfallen auf die

klassische Musik aber auch hier 91 Prozent der Subventionen. In dieser Rechnung sind die 80,3 Millionen, die jährlich ans Zürcher Opernhaus fließen, nicht einberechnet, da diese vom Kanton bezahlt werden. «Die beiden Szenen derselben Kunstsparte sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden», sagt Peter Haerle, der Direktor Kultur der Stadt Zürich. Das sei kontrapro-

duktiv. «Unser Fokus liegt darauf, die Rahmenbedingungen aller Musikschaffenden zu verbessern, egal ob sie in der Tonhalle, in der WIM oder im Provitreff auftreten.»

In Bern kann das Verhältnis nur geschätzt werden, da die gelieferten Zahlen das Musiktheater von Konzert Theater Bern nicht miteinschliessen. Aber auch hier werden sich die städtischen Aufwendungen für die klassische

Musik und Oper ungefähr auf 90 Prozent belaufen. «Wenn es um die Förderung einzelner Kulturprojekte geht, dann gibt es auch in Bern ein Gleichgewicht zwischen den musikalischen Sparten», sagt die Berner Kulturbefragte Franziska Burkhardt. Einer Prüfung, ob die eigene Form der Kulturförderung heute noch zeitgemäss sei, stelle man sich ständig. (ane)